



Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ulrich Schippels (DIE LINKE)

und

Antwort

der Landesregierung - Finanzministerium

Auswirkungen Steuerrechtsänderungen auf SH

1. Welche Steuerrechtsänderungen hat es jeweils in den Jahren 2004, 2005, 2006 und 2007 gegeben (bitte im Detail auflisten)?

Die Antwort ergibt sich aus der nachfolgenden Aufstellung. Dazu merkt die Landesregierung vorab an:

Die Aufstellung umfasst nur solche Steuerrechtsänderungen durch Bundesgesetze, die auch Auswirkungen auf die Steuereinnahmen der Länder haben.

Gesetz zur Förderung von Kleinunternehmen und zur Verbesserung der Unternehmensfinanzierung (Kleinunternehmerförderungsgesetz) vom 31.7.2003

- § 7g Abs. 2 Nr. 3 EStG: Sonderabschreibung bei Existenzgründern für das Wirtschaftsjahr, in dem mit der Betriebseröffnung begonnen wird
- § 32b Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a EStG: Nichtberücksichtigung des steuerfrei gezahlten Überbrückungsgeldes beim Progressionsvorbehalt
- § 20 Abs. 1 Nr. 10 Buchstabe b Satz 1 EStG: Anhebung der Grenzen bei der Besteuerung von Betrieben gewerblicher Art
- § 19 Abs. 3 GewStDV: Beschränkung von der Hinzurechnung von Dauerschuldzinsen bei Kreditinstituten; Ausdehnung auf Gewerbetriebe, deren Geschäftstätigkeit ausschließlich im Ankauf von Krediten oder Kreditrisiken von Kreditinstituten sowie der Begebung von Schuldtiteln zur Refinanzierung des Kaufpreises für

den Erwerb der Kredite oder Kreditrisiken der Kreditinstitute besteht (Asset Backed Securities-Gesellschaften)

- § 19 Abs. 1 Satz 1 UStG: Anhebung der Umsatzgrenze für die Inanspruchnahme der Kleinunternehmerregelung von bisher 16.620 € auf 17.500 €
- § 141 Abs. 1 AO: Änderung der Buchführungsgrenzen in der AO

Zweites Gesetz zur Änderung steuerlicher Vorschriften (Steueränderungsgesetz 2003 - StÄndG 2003) vom 15.12.2003

- § 6 Abs. 1 Nr. 1a EStG: Gesetzliche Verankerung der bisherigen Verwaltungsregelung der R 157 Abs. 4 EStR zum sogenannten "anschaffungsnahen Aufwand" i. V. m. § 9 Abs. 5 EStG ab 1.1.2004
- § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 EStG: Wegfall der Zweijahresfrist bei einer beruflich veranlassten doppelten Haushaltsführung
- § 3 Abs. 11 UStG (neu): Volle Anwendung von Art. 6 Abs. 4 der 6. EG-RL (Dienstleistungskommission) im nationalen Recht ab 1.1.2004
- § 4 Nr. 4a UStG (neu): Einführung einer Steuerlagerregelung bei der Umsatzsteuer ab 1.1.2004
- § 4 Nr. 21a i. V. m. § 12 Abs. 1 UStG: Aufhebung der Steuerbefreiung der Umsätze der staatlichen Hochschulen aus Forschungstätigkeit ab 1.1.2004; einschließlich Übergangsregelung
- § 13c UStG (neu): Ausdehnung der Steuerschuldnerschaft auf den Abtretungsempfänger in Fällen der Abtretung von Kundenforderungen zur Sicherung der in der vereinnahmten Forderung enthaltenen Umsatzsteuer ab 1.1.2004
- § 13d UStG: Einführung einer Gesamtschuldnerschaft bei Änderung der Bemessungsgrundlage im Zusammenhang mit der steuerpflichtigen Lieferung eines beweglichen Gegenstandes auf Grund eines Mietvertrages u. a. ab 1.1.2004
- § 14c Abs. 1 (neu) UStG: Neuregelung zur Sicherung des Umsatzsteueranspruchs bei geltend gemachten Vorsteuerbeträgen im Zusammenhang mit der Rückgängigmachung des Verzichts auf die Steuerbefreiung nach § 9 UStG ab 1.1.2004
- § 14c Abs. 2 UStG (neu): Neuregelung zur Sicherung des Umsatzsteueranspruchs bei unrichtigem oder unberechtigtem Steuerausweis ab 1.1.2004
- § 15 Abs. 1a Nr. 2 UStG (neu): Wiedergewährung des vollen Vorsteuerabzugs aus Reisekosten des Unternehmers und seines Personals, soweit es sich um Verpflegungskosten, Übernachtungskosten oder um Fahrtkosten für Fahrzeuge des Personals handelt
- § 15 Abs. 1b UStG (neu): Wiedergewährung des vollen Vorsteuerabzugs für gemischt genutzte Fahrzeuge im Unternehmensbereich
- § 15 Abs. 4 UStG: Neuregelung des Aufteilungsmaßstabes für die Aufteilung von Vorsteuerbeträgen ab 1.1.2004
- § 18 Abs. 12 UStG (neu): Regelung zur Sicherung der Umsatzsteuer für grenzüberschreitende Personenbeförderungen, die mit nicht im Inland zugelassenen Kraftomnibussen durch im Ausland ansässige Unternehmer durchgeführt werden, ab 1.1.2004
- § 2 InvZulG: Genehmigung der Investitionszulage nach § 2 InvZulG 1999 für betriebliche Investitionen in den neuen Bundesländern, die nach dem 31.12.2003 begonnen werden, durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

Gesetz zur Modernisierung des Investmentwesens und zur Besteuerung von Investmentvermögen (Investmentmodernisierungsgesetz) vom 15.12.2003

- § 1 Abs. 3 Investmentsteuergesetz (InvStG): Einbeziehung der Grundstücks-Sondervermögen in die allgemeine Besteuerung
- § 2 Abs. 2 InvStG: Anwendung des Halbeinkünfteverfahrens nach § 3 Nr. 40 EStG bzw. des Beteiligungsprivilegs nach § 8b Abs. 1 und 2 KStG bei ausländischen Investmentanteilen
- § 2 Abs. 3 InvStG: Verzicht der Besteuerung von ausgeschütteten Gewinnen aus Termingeschäften für Privatanleger sowie Verzicht bei thesaurierten Gewinnen aus Termingeschäften für alle
- § 4 InvStG: Erstreckung der Steuerbefreiung nach DBA auf Auslandsfonds sowie Gleichstellung der Auslandsfonds bei der Anrechnung ausländischer Steuern
- § 6 InvStG: Veränderung der Prozentsätze bei der Besteuerung der Erträge beim fehlenden Nachweis
- § 7 InvStG: Gleichstellung der ausländischen Investmentanteile den inländischen Investmentanteilen hinsichtlich der Erhebung der Kapitalertragsteuer und der Gewährung des Halbeinkünfteverfahrens
- § 8 InvStG: Ausdehnung der Anwendung des Halbeinkünfteverfahrens sowie des Beteiligungsprivilegs auf die Rückgabe oder Veräußerung von inländischen Investmentanteilen auf die Veräußerung von Investmentanteilen, die zum Privatvermögen des Anlegers gehören, sowie auf ausländische Investmentanteile
- § 14 InvStG: Zusammenlegung von Inlandsfonds
- Abschaffung der steuerlichen Erfassung des Zwischengewinns gem. den Vorgängergesetzen zum InvStG

Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz vom 22.12.2003

- § 2 Abs. 3 Satz 2 bis 8 EStG: Abschaffung der Beschränkungen des Verlustabzugs zwischen verschiedenen Einkunftsarten
- § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 11 EStG (neu) : Erweiterung der Nichtabziehbarkeit von betrieblich veranlassten Aufwendungen bei Tonnagesteuer-Modellen
- § 10d Abs. 1 und 2 EStG: Begrenzung des Verlustabzugs auf 60 % des Gesamtbetrags der Einkünfte mit Einführung eines Sockelbetrages von 1.000.000 €
- § 8a Abs. 1, 5 und 6 KStG: Neuregelung der steuerlichen Behandlung der Gesellschafter-Fremdfinanzierung in § 8a KStG
- § 8b Abs. 3 und 5 KStG: Hinzurechnung von 5 % des Gewinnes im Sinne von § 8b Abs. 1 und 2 KStG als nicht abzugsfähige Betriebsausgabe
- § 7 Abs. 7, § 14 Abs. 1 AStG: Beseitigung zweckwidriger Gestaltungsmöglichkeiten im Bereich des Außensteuergesetzes

Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit vom 23.12.2003

- Straf- und Bußgeldbefreiung durch Abgabe einer strafbefreienden Erklärung und Entrichtung eines Betrages i. H. v. 25 % der erklärten Einnahmen unter Berücksichtigung der §§ 93 und 93b AO

Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes und anderer Gesetze vom 23.12.2003

- § 10a GewStG: Begrenzung des Verlustabzugs auf 60 % des Betriebsertrags mit Einführung eines Sockelbetrags von 1.000.000 €
- § 10a GewStG: Modifizierung der Einbeziehung der Organschaftsverhältnisse in die Gewerbesteuer (vororganschaftliche Verluste werden wie bei der Körperschaftsteuer nicht berücksichtigt)
- § 9 Nr. 10 GewStG: Wegfall der Kürzungsvorschrift für die nach § 8a KStG dem Gewinn von Kapitalgesellschaften hinzugerechneten Aufwendungen auch bei der Gewerbesteuer
- Absenkung der Gewerbesteuerumlage in 2004 um jeweils 18 Vervielfältigerpunkte und ab 2005 um jeweils 19 Vervielfältigerpunkte bei Bund und Ländern

Haushaltsbegleitgesetz 2004 (HBeglG 2004) vom 29.12.2003

- § 9 Eigenheimzulagegesetz (EigZulG): Reduzierung der Eigenheimzulage um 30 % des bisherigen Fördervolumens
- § 3 EStG: Freibetrag für Übergangsgelder: Senkung des Freibetrags auf 10.800 € in einem Schritt
- § 3 Nr. 9 EStG: Freibetrag für Abfindungen: Senkung der Freibeträge um 12 % in einem Schritt
- § 3 Nr. 15 EStG: Freibetrag für Heirats- und Geburtshilfen: Senkung des Freibetrags auf 315 € in einem Schritt
- § 3 Nr. 34 EStG: Streichung der Steuerbefreiung der Zuschüsse für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte
- § 3 Nr. 38 EStG: Freibetrag für Sachprämien aus Kundenbindungsprogrammen; Senkung Freibetrag auf 1.080 € in einem Schritt
- § 4 EStG: Begrenzte Abzugsfähigkeit von Bewirtungsaufwendungen; Senkung der Abziehbarkeit auf 70 % in einem Schritt
- § 4 EStG: Begrenzte Abziehbarkeit der Aufwendungen für Geschenke: Senkung auf 35 € in einem Schritt
- § 7 EStG: Senkung der degressiven AfA-Sätze für Mietwohnungsneubauten auf 4 % für 10 Jahre, 2,5 % für 8 Jahre und 1,25 % für 32 Jahre
- § 7 Abs. 1, 2 und 5 EStG, R 44 Abs. 2 EStR: Abschaffung der Vereinfachungsregelung bei der Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter
- § 7h EStG: Absenkung des AfA-Satzes bei Gebäuden in Sanierungsgebieten auf 9 % für 8 Jahre und 7 % für 4 Jahre
- § 7i EStG: Absenkung des AfA-Satzes auf 9 % für 8 Jahre und 7 % für 4 Jahre (Baudenkmal)
- § 8 EStG: Freibetrag für Belegschaftsrabatte; Senkung des Freibetrags auf 1.080 € in einem Schritt
- § 8 EStG: Senkung der Freigrenze von 50 € auf 44 € für monatliche Sachbezüge in einem Schritt
- § 9a EStG: Arbeitnehmerpauschbetrag; Senkung des Pauschbetrages in einem Schritt auf 920 €
- § 9 Abs. 1 Satz 2 und 3 EStG: Einheitliche Entfernungspauschale von 30 Cent je Entfernungskilometer
- § 10 EStG: Sonderausgabenabzug Lebensversicherungen; Reduzierung der Abzugsfähigkeit in einem Schritt auf 88 %

- § 10f EStG: Absenkung des AfA-Satzes für selbstgenutzte Baudenkmale auf 9 % für 10 Jahre
- § 10g EStG: Absenkung des AfA-Satzes für schutzwürdige Kulturgüter auf 9 % für 10 Jahre
- § 16 EStG: Freibetrag für Veräußerungsgewinne bei Unternehmen allgemein; Senkung des Freibetrags auf 45.000 € und der Abschmelzungsgrenze auf 136.000 € in einem Schritt
- § 17 EStG: Freibetrag Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften: Senkung von Freibetrag und Abschmelzungsgrenze in einem Schritt
- § 18 EStG: Freibetrag für Veräußerungsgewinne bei Freiberuflern; Senkung von Freibetrag und Abschmelzungsgrenze in einem Schritt
- § 19a EStG: Überlassung von Vermögensbeteiligungen; Senkung Höchstbetrag auf 135 € in einem Schritt
- § 20 Abs. 4 EStG: Sparerfreibetrag; Senkung von 1.550 € auf 1370 €
- § 21 EStG: Freigrenze bei verbilligt überlassener Wohnung; Anhebung Entgeltgrenze auf 56 % in einem Schritt
- § 24b EStG (neu): Einführung eines Entlastungsbetrags für Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren i. H. v. 1.308 Euro im Kalenderjahr ab 1.1.2004
- § 32 Abs. 4 Satz 2 EStG: Kindergeldmehrausgaben durch die Erhöhung des Grenzbetrags, bis zu dem ein volljähriges Kind eigene Einkünfte und Bezüge haben darf, um im Rahmen des Familienleistungsausgleichs berücksichtigt zu werden, von 7.188 € auf 7.680 € ab 1.1.2004
- § 32 Abs. 7 EStG: Streichung des Haushaltsfreibetrags i. H. v. 1.188 € ab 1.1.2004
- § 32a Abs. 1 EStG: Anhebung des Grundfreibetrags von 7.426 € auf 7.664 €; Absenkung des Eingangssteuersatzes von 17 % auf 16 %; Absenkung der Progressionszone; Absenkung des Spitzensteuersatzes von 47 % auf 45 % ab 52.152 €
- § 33a Abs. 1 EStG: Erhöhung des Höchstbetrags für den Abzug von Unterhaltsleistungen an gesetzlich unterhaltsberechtigte oder diesen gleichgestellte Personen von 7.188 € auf 7.680 € ab 1.1.2004
- § 34 EStG: Tarifiermäßigung für betriebliche Veräußerungsgewinne; Erhöhung des ermäßigten Steuersatzes um 6 %
- § 37a EStG: Pauschalierung der Einkommensteuer auf Sachprämien; Erhöhung des Pauschalsteuersatzes in einem Schritt auf 2,25 %
- § 25 KStG: Freibetrag für Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften: Senkung des zehnjährigen Freibetrags in einem Schritt
- § 11 GewStG: Ermäßigung der Gewerbebeertragsteuer für Hausgewerbetreibende; Steuermesszahlenermäßigung statt um 50 % nur um 44 %
- § 13b UStG: Erweiterung der Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers auf alle steuerpflichtigen Umsätze, die unter das Grunderwerbsteuergesetz fallen, sowie auf bestimmte Bauleistungen, die an Unternehmer erbracht werden, die ihrerseits derartige Bauleistungen erbringen
- § 13a ErbStG: Freibetrag beim Erwerb von Betriebsvermögen; Senkung des Freibetrags auf 225.000 € und des Bewertungsabschlags auf 35 % in einem Schritt
- § 19a ErbStG: Tarifbegrenzung beim Erwerb von Betriebsvermögen; Begrenzung Entlastungsbetrag auf 88 % in einem Schritt
- § 16 RennwLottG: Senkung der Vergütung für Rennvereine von bis zu 96 % auf 85 % in einem Schritten

- § 2 BierStG: Anhebung der gestaffelten Steuersätze bei der Biersteuer um 12 % in einem Schritt
- § 9 StromStG: Erhöhung des ermäßigten Stromsteuersatz für den Fahrbetrieb im Schienenbahnverkehr und im Verkehr mit Oberleitungsomnibussen in einem Schritt
- § 3 MinöStG: Erhöhung des ermäßigten Steuersatz (Steuerbegünstigung) für Erd- und Flüssiggas, das in Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs verwendet wird, in einem Schritt
- § 25 MinöStG: Senkung Erstattungsbeträge (Steuerbegünstigung) für den öffentlichen Personennahverkehr in einem Schritt
- § 13 VermBG: Senkung der Anlagenhöchstbeträge in einem Schritt auf 18 % von max. 400 € bzw. 9 % von 970 €

Investitionszulagengesetz 2005 (InvZulG 2005) vom 17.3.2004

Ausrüstungsinvestitionen

- Zulage von 12,5 % für die Anschaffung und Herstellung beweglicher Wirtschaftsgüter in großen Betrieben im Fördergebiet ohne Besonderheiten und in der Arbeitsmarktregion Berlin
- Zulage von 15 % für die Anschaffung und Herstellung beweglicher Wirtschaftsgüter in großen Betrieben im Randgebiet des Fördergebiets
- Zulage von 25 % für die Anschaffung und Herstellung beweglicher Wirtschaftsgüter in kleinen und mittleren Betrieben im Fördergebiet ohne Besonderheiten
- Zulage von 27,5 % für die Anschaffung und Herstellung beweglicher Wirtschaftsgüter in kleinen und mittleren Betrieben im Randgebiet des Fördergebiets
- Zulage von 20 % für die Anschaffung und Herstellung beweglicher Wirtschaftsgüter in kleinen und mittleren Betrieben in der Arbeitsmarktregion Berlin

Gewerbliche Bauten

- Zulage von 12,5 % für Betriebsneubauten im Fördergebiet ohne Besonderheiten und in der Arbeitsmarktregion Berlin
- Zulage von 15 % für Betriebsneubauten im Randgebiet des Fördergebiets

Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes zur Sicherstellung einer Übergangsregelung für die Umsatzbesteuerung von Alt-Sportanlagen vom 23.4.2004

- § 27 Abs. 6 UStG: Verlängerung der Übergangsregelung für die Umsatzbesteuerung von Alt-Sportanlagen bis Dezember 2004

Gesetzes zur Neuordnung der einkommensteuerrechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen (Alterseinkünftegesetz) vom 5.7.2004

- § 3 Nr. 63 EStG: Steuerfreiheit der Beiträge auch für Direktversicherungen; Beschränkung auf lebenslange Altersversorgung und Aufstockung um 1.800 €
- § 9a EStG: Anpassung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags für Pensionäre an den allgemeinen Werbungskostenpauschbetrag (Überführung des Differenzbetrags in einen Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag)
- § 10 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe b EStG: Abschaffung Sonderausgabenabzug für Kapitallebensversicherungen; gilt nur für Neuverträge

- § 10 Abs. 1 Nr. 2 und 3, Abs. 3, § 10c EStG: Neuregelung der steuerlichen Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen mit stufenweiser Verbesserung des Abzugs von Altersvorsorgebeiträgen und Abgleich mit dem bisherigen Recht; Stufenweises Abschmelzen des Vorwegabzuges ab 2011
- § 19 Abs. 2 EStG: Einführung eines Zuschlags zum Versorgungsfreibetrag (Kompensation Arbeitnehmer-Pauschbetrag); Stufenplan zur Abschmelzung des Versorgungsfreibetrags und des Zuschlags
- § 20 Abs. 1 Nr. 6 EStG: Besteuerung der Erträge aus Kapitallebensversicherungen bei Auszahlung im Erlebensfall oder bei Rückkauf; hälftige Besteuerung nach Vollendung des 60. Lebensjahres und nach Ablauf von zwölf Jahren seit Vertragsabschluss; gilt nur für Neuverträge ab 2005
- § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa EStG; Stufenplan zur Besteuerung von Leibrenten mit Öffnungsklausel
- § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb EStG; Senkung der Ertragsanteile für Leibrenten, die aus versteuertem Einkommen erworben wurden
- § 24a EStG: Stufenweises Abschmelzen des Altersentlastungsbetrags
- § 40b EStG: Aufhebung der Pauschalbesteuerung für Beiträge zu Direktversicherungen und kapitalgedeckten Pensionskassen; gilt nur für Neuverträge
- § 86 EStG: Einführung eines einheitlichen Sockelbetrags
- § 55 EStDV: Senkung der Ertragsanteile für Leibrenten, die auf eine bestimmte Zeit beschränkt sind

Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und weiterer Gesetze vom 21.7.2004

- § 10 Abs. 1 Nr. 7 EStG i. V. m. § 12 Nr. 5 EStG (neu): Abziehbarkeit von Berufsausbildungskosten als Sonderausgaben
- § 24b EStG: Konkretisierung und Erweiterung der Anspruchsgrundlage beim Entlastungsbetrag für Alleinerziehende
- § 44 Abs. 1 Satz 5 EStG: Zeitgleiche Abführung der Kapitalertragsteuer und des Solidaritätszuschlags aus Kapitalerträgen an die Finanzkasse mit den Ertragnisausschüttungen an die Kapitaleigner
- § 20 Abs. 2 UStG: Verlängerung der befristeten Sonderregelung für die Berechnung der Umsatzsteuer nach vereinnahmten Entgelten für die neuen Länder bis 2006

Gesetz zur Anpassung der Vorschriften über die Amtshilfe im Bereich der Europäischen Union sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2003/49/EG über Zinsen und Lizenzgebühren (EG-Amtshilfe- Anpassungsgesetz) vom 2.12.2004

- § 50 Abs. 1a EStG (neu): Verzinsung der auf Antrag zu erstattenden Beträge
- § 50g Abs. 1 EStG (neu): Nichtbesteuerung von Zahlungen von Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen auf Antrag

Gesetz zur Umsetzung von EU-Richtlinien in internationales Steuerrecht und zur Änderung weiterer Vorschriften (Richtlinien-Umsetzungsgesetz - EURLUmsG) vom 9.12.2004

- § 14 Abs. 3 KStG: Neuregelung zur gesetzlichen Festschreibung der Verwaltungsauffassung, dass Mehrabführungen, die ihre Ursache in vororganschaftli-

cher Zeit haben, nicht nach den Regeln der Organschaft, sondern nach den allgemeinen körperschaftsteuerlichen Bestimmungen als Gewinnausschüttung zu behandeln sind

- § 12 Abs. 2 Nr. 7 UStG: Anwendung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf Leistungen von Solisten
- § 28 Abs. 4 UStG: Befristete Fassung des § 12 Abs. 2 Nr. 10 UStG bis 31.12.2007; Verlängerung der ermäßigten Besteuerung für Personenbeförderung mit Schiffen
- § 25 Abs. 3a Satz 2 MinöStG: Verlängerung der mineralölsteuerlichen Begünstigung zum Beheizen von Gewächshäusern oder geschlossenen Kulturräumen zur Pflanzenproduktion bis zum 31.12.2006

Gesetz zur Abschaffung der Eigenheimzulage vom 22.12.2005

- Auslaufen der Eigenheimzulage für Neufälle ab 2006

Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen vom 22.12.2005

- 15b EStG: Einschließung der Verluste, die im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen stehen

Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm vom 22.12.2005

- § 3 Nr. 9 EStG: Abschaffung des Freibetrages für Abfindungen (Ausnahme: Vereinbarung der Abfindung bzw. Klageanhängigkeit bis 31.12.2005 und Auszahlung bis 31.12.2007)
- § 3 Nr. 10 EStG: Wegfall des Freibetrags für Übergangsgelder aufgrund gesetzlicher Vorschriften (Ausnahme: Entlassung bis 31.12.2005 und Zahlung bis 31.12.2007 sowie besondere Übergangsregelung bei Soldaten/-innen)
- § 3 Nr. 15 EStG: Abschaffung des Freibetrags für Heirats- und Geburtsbeihilfen des Arbeitgebers
- § 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 Buchstabe c EStG: Abschaffung der degressiven AfA für Mietwohngebäude (Neufälle)
- § 10 Abs. 1 Nr. 6 EStG: Abschaffung des Sonderausgabenabzugs für private Steuerberatungskosten

Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung vom 26.4.2006

- §§ 4f, 9 Abs. 5, § 10 Abs. 1 Nummern 5 und 8 EStG: Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten mit zwei Dritteln der Aufwendungen, höchstens 4.000 € je Kind
- § 6b EStG: Übertragung stiller Reserven bei der Veräußerung von Binnenschiffen
- § 7 Abs. 2 EStG: Anhebung der degressiven AfA für bewegliche Wirtschaftsgüter auf 30 % und max. das 3-fache der linearen AfA befristet für 2 Jahre
- § 35a Abs. 2 Satz 1, 2. Halbsatz EStG: Einführung einer Steuerermäßigung für Pflege- und Betreuungsleistungen für eine pflegebedürftige Person, die in einem inländischen Haushalt des Steuerpflichtigen oder im Haushalt der pflegebedürftigen Person erbracht werden, i. H. v. 20 % der Arbeitskosten (max. 1.200 €)

- § 35a Abs. 2 Satz 2 EStG: Einführung einer Steuerermäßigung für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen, die in einem inländischen Haushalt des Steuerpflichtigen erbracht werden, i. H. v. 20 % der Arbeitskosten (max. 600 €)
- § 20 UStG: Ausdehnung der Umsatzgrenzen bei der Ist-Versteuerung (Anhebung der Umsatzgrenze in den alten Bundesländern ab 1.7.2006 von 125.000 € auf 250.000 € sowie Fortführung der erhöhten Umsatzgrenze von 500.000 € in den neuen Ländern bis zum Jahr 2009)

Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen vom 28.4.2006

- § 4 Abs. 3 Satz 4 EStG: Anpassung der Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG; Anschaffungskosten für Wertpapiere u. ä. können erst im Zeitpunkt der Veräußerung abgezogen werden
- § 5 Abs. 1a EStG (neu): Verpflichtung zur Bildung von Bewertungseinheiten in der Steuerbilanz
- § 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 EStG: Beschränkung der Anwendung der 1 %-Regelung auf Fahrzeuge des notwendigen Betriebsvermögens (betriebliche Nutzung mehr als 50 %)
- § 4 Nr. 9 Buchstabe b UStG: Umsatzsteuerpflicht für Umsätze zugelassener öffentlicher Spielbanken; Inkrafttreten am Tage nach Verkündung
- § 379 AO: Änderung der Abgabenordnung, Ausweitung der Tatbestandsmerkmale von Ordnungswidrigkeiten (Weitergabe von Tankbelegen)

Haushaltsbegleitgesetz 2006 (HBegIG 2006 - nur steuerliche Maßnahmen) vom 29.6.2006

- § 12 Abs. 1 UStG: Anhebung des USt-Normalsatzes um 3 %-Punkte ab 1.1.2007
- § 24 Abs. 1 UStG: Erhöhung der land- und forstwirtschaftlichen Vorsteuerpauschalen und Durchschnittssätze Landwirtschaft: von 9 % auf 10,7 % Forstwirtschaft: von 5 % auf 5,5 % ab dem 1.1.2007
- § 1 FAG: Änderung des Verteilungsschlüssels in § 1 FAG
- Versicherungsteuer: Anhebung der Versicherungsteuer um 3 %-Punkte (insbesondere Anhebung des Regelsteuersatzes von 16 % auf 19 %) zum 1.1.2007

Steueränderungsgesetz 2007 vom 19.7.2006

- § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6b EStG: Abschaffung des Abzugs für Aufwendungen für häusliche Arbeitszimmer, die nicht den Mittelpunkt der gesamten beruflichen und betrieblichen Tätigkeit bilden
- § 9 Abs. 2 (neu) / § 4 Abs. 5a EStG: Ausschluss der Aufwendungen für Wege Wohnung-Arbeits-/Betriebsstätte von den Werbungskosten/Betriebsausgaben; Gewährung einer Entfernungspauschale von 0,30 € je Entfernungskm ab dem 21. Entfernungskm
- § 20 Abs. 4 EStG: Reduzierung des Sparerfreibetrags von 1.370 €/2.740 € auf 750 €/1.500 € (1.1.2007)
- § 32 Abs. 4 und 5 EStG; § 2 BKGG: Gewährung von Kindergeld/Kinderfreibetrag nur noch für Kinder unter 25 Jahre in einem Schritt mit Übergangsregelung
- § 32a Abs. 1 EStG: Anhebung des Höchststeuersatzes im Einkommensteuertarif auf 45 % für zu versteuernde Einkommen über 250.000/500.000 €

- § 32c EStG: Einführung eines tariflichen Entlastungsbetrages für Gewinneinkünfte i. H. v. 3 % befristet für das Jahr 2007
- § 49 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe f EStG: Ausdehnung der beschränkten Steuerpflicht auf die verbrauchende Überlassung von Rechten
- § 49 Abs. 1 Nr. 4 Buchstabe e EStG: Ausdehnung der beschränkten Steuerpflicht auf die Besteuerung des Bordpersonals von Luftfahrzeugen
- Bergmannsprämien-gesetz: Abbau der aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlten Prämie in zwei Stufen: Absenkung auf 2,50 € zum 1.1.2007, Aufhebung zum 1.1.2008

Investitionszulagengesetz 2007 (InvZulG 2007) vom 15.7.2006

Ausrüstungsinvestitionen

- Zulage von 12,5 % für die Anschaffung und Herstellung beweglicher Wirtschaftsgüter in großen Betrieben im Fördergebiet ohne Randgebiet
- Erhöhte Zulage von 15 % für die Anschaffung und Herstellung beweglicher Wirtschaftsgüter in großen Betrieben im Randgebiet
- Zulage von 25 % für die Anschaffung und Herstellung beweglicher Wirtschaftsgüter in KMU - Betrieben im Fördergebiet ohne Randgebiet
- Zulage von 27,5 % für die Anschaffung und Herstellung beweglicher Wirtschaftsgüter in KMU-Betrieben im Randgebiet

Gewerbliche Bauten

- Zulage von 12,5 % für Betriebsneubauten im Fördergebiet ohne Randgebiet
- Zulage von 15 % für Betriebsneubauten im Randgebiet

Erstes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft vom 25.8.2006

- § 15a UStG: Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens bei der Berichtigung des Vorsteuerabzugs ab 1.1.2007
- § 33 Satz 1 UStDV: Erhöhung der Betragsgrenze für Kleinbetragsrechnungen von 100 € auf 150 € ab 1.1.2007
- § 141 Abs. 1 Satz Nr. 1 AO: Anhebung der Buchführungspflichtgrenze einschließlich Anwendungsregelung von 350.000 € auf 500.000 €

Jahressteuergesetz 2007 vom 13.12.2006

- § 3 Nr. 3 EStG: Präzisierung der Steuerfreiheit von Kapitalabfindungen aus gesetzlichen Rentenversicherungen u. a. Systemen
- § 3 Nr. 56 EStG: zunehmende Steuerfreistellung von Arbeitgeberbeiträgen an eine nicht kapitalgedeckte Pensionskasse ab 1.1.2008
- § 40b EStG: Einführung einer Pauschalbesteuerung für bestimmte Sonderzahlungen des Arbeitgebers mit 15 %

Drittes Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes vom 21.12.2006

- § 9 Abs. 1 Nr. 4 KraftStG: Besteuerung von Wohnmobilen nach Gewicht und Emissionsverfahren
- §§ 2a, 2b KraftStG (neu): Besteuerung von Geländewagen, sog. Sport-Utility-Vehicles (SUV), Großraum-Limousinen und Kleinbusse mit einem zulässigen

Gewicht bis 2,8 t als Personenkraftwagen nach Hubraum und Emissionsverhalten ab 1.5.2005

Viertes Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes vom 24.3.2007

- KraftStG: Befristete Steuerbefreiung basierend auf jeweiligen Steuersatz i. H. v. 330 Euro (Zeitraum: 1.1.2006 bis 31.12.2009)
- KraftStG: Befristeter Zuschlag zum jeweiligen Regelsteuersatz i. H. v. 1,20 € je 100 cm³ (Zeitraum: 1.4.2007 bis 31.3.2011)

Gesetz zur Schaffung deutscher Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen (Real Estate Investment Trust-Gesetz - REIT-Gesetz) vom 28.5.2007

- § 3 Nr. 70 EStG: Steuerfreiheit der Hälfte der Einnahmen aus der Veräußerung von Grund und Boden und Gebäuden an REIT

Gesetz zur Änderung kraftfahrzeugsteuerlicher und autobahnmautrechtlicher Vorschriften vom 17.8.2007

- § 9 Abs. 1 Nr. 4 KraftStG: Absenkung der Höchststeuer für Nutzfahrzeuge in allen vier Emissionsklassen um jeweils rund 109 €
- § 9 Abs. 1 Nr. 5 KraftStG: Absenkung der Höchststeuer für Anhänger auf einheitlich 373,24 €
- § 10 Abs. 3 KraftStG: Absenkung des gewichtsbezogenen Anhängerzuschlags auf einheitlich 373,24 €

Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 vom 14.8.2007

- § 23 Abs. 1 KStG: Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 auf 15 %
- § 11 Abs. 2 GewStG: Wegfall des Staffeltarifs
- § 11 Abs. 2 GewStG: Senkung der Steuermesszahl auf 3,5 %
- § 4 Abs. 5b EStG: Wegfall des Betriebsausgabenabzugs der Gewerbesteuer
- § 35 Abs. 1 EStG: Anhebung des Anrechnungsfaktors der Gewerbesteuer bei der Einkommensteuer von 1,8 auf 3,8
- § 34a EStG: Gewinnthesaurierung für Bilanzierende mit einem Einkommensteuersatz von 28,25 % zuzüglich Solidaritätszuschlag (bei Beibehaltung der Gewerbesteueranrechnung) mit Nachversteuerung ausgeschütteter Gewinne mit dem Abgeltungssteuersatz
- § 8b Abs. 10 KStG: Einschränkung der Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der Wertpapierleihe
- § 1 AStG: Besteuerung von "Funktionsverlagerungen"
- § 8 GewStG: Wegfall der 50 %-Hinzurechnung von Dauerschuldzinsen bei der Gewerbesteuer einschließlich bisher hinzugerechneter Mieten und Pachten
- § 8 GewStG: 25 %-ige Hinzurechnung von Zinsen sowie von Finanzierungsanteilen von Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzen bei der Gewerbesteuer mit einem Freibetrag von 100.000 € (ohne geschäftsübliche Boni / Skonti)
- § 4h EStG, § 8a KStG: Einführung einer Zinsschranke von 30 % unter Einbeziehung der Abschreibungsvolumina, mit einer Freigrenze von 1 Mio. € und einer Escape-Klausel

- § 8a KStG: Wegfall der Bestimmungen für die Gesellschafter-Fremdfinanzierung
- § 7 Abs. 2 EStG: Abschaffung der degressiven Abschreibung
- § 8 Abs. 4, § 8c KStG: Anteilige Kürzung des Verlustausgleichspotentials beim Erwerb bzw. Übertragung von Gesellschaftsanteilen an Kapitalgesellschaften
- §§ 20, 32d, 43a EStG: Einführung einer Abgeltungsteuer mit Veranlagungsoption i. H. v. 25 % ab 1.1.2009 auf Kapitalerträge (Zinsen, 100 % der Dividenden und bei privaten Veräußerungsgeschäften) unter Einschließung der Veräußerungsverluste aus Aktienverkäufen in eine eigene Schedule
- § 6 Abs. 2 EStG: Abschaffung der Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter (Kleinbetragsregelung von 150 €) sowie Einführung eines Sammelpostens für Wirtschaftsgüter mit Anschaffungs- / Herstellungskosten bis 1.000 € und Abschreibung über 5 Jahre (ohne Wahlrecht)
- § 7g EStG: Neufassung des § 7g EStG einschließlich der Anhebung der Betriebsvermögensgrenze von 210.000 auf 235.000 € und Herausnahme der Wohngebäude aus dem Einheitswert
- § 9 GewStG: Anhebung der gewerbesteuerlichen Mindestbeteiligungsgrenze bei Streubesitzdividenden von 10 % auf 15 %
- GewSt Absenkung der Gewerbesteuerumlage in 2008 um jeweils 4 Vervielfältigerpunkte, in 2009 um jeweils 3 Vervielfältigerpunkte und ab 2010 um jeweils 1,5 Vervielfältigerpunkte bei Bund und Länder

Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements vom 10.10.2007

- § 3 Nr. 26 EStG: Anhebung des Übungsleiterfreibetrags auf 2.100 €
- § 3 Nr. 26a EStG: Einführung einer steuerfreien Aufwandspauschale i. H. v. 500 € jährlich für alle ehrenamtlich Tätigen
- § 10b EStG: verbesserter Sonderausgabenabzug für Mitgliedsbeiträge an Vereine zur Förderung kultureller Einrichtungen
- § 10b Abs. 1 EStG, § 9 Abs. 1 Nr. 2 KStG und § 9 Nr. 5 GewStG: Anhebung der Höchstgrenzen für den Spendenabzug auf 20 % des Gesamtbetrags der Einkünfte und 4 vom Tausend der Summe aus Umsätzen, Löhnen und Gehältern für alle förderungswürdigen Zwecke in ESt, KSt und GewSt; Abschaffung des zeitlich begrenzten Vor- und Rücktrags von Großspenden und der zusätzlichen Höchstgrenze für Spenden an Stiftungen. Einführung eines unbegrenzten Spendenvortrags
- § 10b Abs. 1a EStG und § 9 Nr. 5 GewStG: Anhebung des Höchstbetrages für die Ausstattung von Stiftungen mit Kapital von 307.000 € auf 1.000.000 € bei der Einkommen- und Gewerbesteuer
- § 10b Abs. 4 Satz 3 EStG und § 9 Abs. 3 Satz 3 KStG: Senkung des Haftungssatzes für unrichtig ausgestellte Zuwendungsbestätigungen und fehlverwendete Zuwendungen von 40 auf 30 % der Zuwendungen
- § 64 Abs. 3 und § 67a Abs. 1 AO: Anhebung der Besteuerungsgrenze für wirtschaftliche Geschäftsbetriebe, die keine Zweckbetriebe sind, sowie der Zweckbetriebsgrenze bei sportlichen Veranstaltungen von jeweils 30.678 € auf 35.000 € Einnahmen im Jahr
- § 23a Abs. 2 UStG: Anhebung der Umsatzgrenze für die Inanspruchnahme des Durchschnittssatzes von 30.678 € auf 35.000 €

Jahressteuergesetz 2008 vom 20.12.2007

- § 1 Abs. 3 Satz 4 EStG: Nichtberücksichtigung von im In- und Ausland steuerfreien Einkünften bei der Antragsgrenze für unbeschränkte Steuerpflicht
- § 10 Abs. 1 Nr. 1a und 1b EStG: Beschränkung des Sonderausgabenabzugs von Versorgungsleistungen auf solche, die im Zusammenhang mit bestimmten Übertragungsvorgängen stehen und Aufgabe der Unterscheidung zwischen Renten und dauernde Lasten
- § 32b Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 EStG: Negativer Progressionsvorbehalt in Fällen des § 1 Abs. 3 und § 50 Abs. 5 Satz 2 Nr. 2 EStG
- § 35a Abs. 1 und 2 EStG: Ausdehnung der Steuerermäßigung für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse und für die Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen auf Haushalte in der Europäischen Union
- § 52 Abs. 3 Satz 3 und 6 EStG: Unbefristete Verlängerung der Anwendung des § 2a Abs. 3 und 4 EStG
- § 38 KStG: Auflösung der EK 02 - Bestände durch pauschale Nachversteuerung mit 3 % (einschließlich einer Optionslösung für kommunale, öffentliche und kirchliche Wohnungsunternehmen sowie für Wohnungsgenossenschaften)
- § 8 Nr. 1 Buchstabe e GewStG: Absenkung des pauschalen Finanzierungsanteils aus Miet- und Pachtzinsen für die Benutzung von unbeweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens von 75 auf 65 %
- § 4 Nr. 25 UStG: Steuerbefreiung der Leistungen der Jugendhilfe
- § 12 Abs. 2 Nr. 10 UStG: Einbeziehung der Beförderung von Personen mit Bergbahnen in den ermäßigten Umsatzsteuersatz
- § 28 Abs. 4 UStG: Verlängerung der ermäßigten Besteuerung für Personenbeförderung mit Schiffen (§ 12 Abs. 2 Nr. 10 UStG)

Gesetz zur Förderung der zusätzlichen Altersvorsorge und zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch vom 10.12.2007 (nur steuerliche Maßnahmen)

- §§ 4d und 6a EStG: Absenkung des steuerlichen Mindestalters der Leistungsanwärter bzw. des Mindesteintrittsalters von 28 auf 27 Jahre
- § 85 EStG Riester-Rente; Erhöhung der Kinderzulage für ab dem 1.1.2008 geborene Kinder auf 300 € jährlich

2. Welche finanziellen Auswirkungen haben die jeweiligen Steuerrechtsänderungen im Jahr 2010, 2011 und 2012 a) für Schleswig-Holstein und b) für die schleswig-holsteinischen Kommunen (einschließlich Auswirkungen auf den Kommunalen Finanzausgleich)?

Die Antwort ergibt sich aus der nachfolgenden Aufstellung. Dazu merkt die Landesregierung vorab an:

- a) Die Gesetzgebungsmaterialien weisen die rechnerischen bundesweiten Steuerermehr- bzw. -mindereinnahmen aus der damaligen Sicht und nur für einen begrenzten Zeitraum aus. Sie sind teilweise überholt. Die nachfolgende Aufstellung erfasst nur solche Steueränderungsgesetze, bei denen die Gesetzgebungsmaterialien Auswirkungen auf die Kassenjahre ab 2010 ausweisen.

- b) Die Regionalisierung der in den Gesetzgebungsmaterialien ausgewiesenen Steuermehr- und -mindereinnahmen - also die Berechnung der finanziellen Auswirkungen für das Land Schleswig-Holstein und seine Kommunen - setzt voraus, dass zum Zeitpunkt der Entscheidungsfindung Daten aus der Steuer-schätzung für die entsprechenden Zeiträume vorliegen. Ist dies nicht der Fall, können keine Regionalisierungen - auch nicht nachträglich - erfolgen.
- c) Die nachfolgende Aufstellung umfasst daher nur solche Gesetzgebungsvorhaben, in denen aufgrund der im Gesetzgebungsverfahren bekannt gewordenen Zahlen Auswirkungen auf den Landeshaushalt regionalisiert werden konnten.

Unter den zu a) bis c) genannten Prämissen können zu folgenden, in der Antwort zur Frage 1 dargestellten Steuerrechtsänderungen keine Angaben zu den finanziellen Auswirkungen gemacht werden:

- 1) Gesetz zur Förderung von Kleinunternehmen und zur Verbesserung der Unternehmensfinanzierung (Kleinunternehmerförderungsgesetz) vom 31.7.2003
- 2) Zweites Gesetz zur Änderung steuerlicher Vorschriften (Steueränderungsgesetz 2003 - StÄndG 2003) vom 15.12.2003
- 3) Gesetz zur Modernisierung des Investmentwesens und zur Besteuerung von Investmentvermögen (Investmentmodernisierungsgesetz) vom 15.12.2003
- 4) Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz vom 22.12.2003
- 5) Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit vom 23.12.2003
- 6) Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes und anderer Gesetze vom 23.12.2003
- 7) Haushaltsbegleitgesetz 2004 (HBeglG 2004) vom 29.12.2003
- 8) Investitionszulagengesetz 2005 (InvZulG 2005) vom 17.3.2004
- 9) Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes zur Sicherstellung einer Übergangsregelung für die Umsatzbesteuerung von Alt-Sportanlagen vom 23.4.2004
- 10) Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und weiterer Gesetze vom 21.7.2004
- 11) Gesetz zur Anpassung der Vorschriften über die Amtshilfe im Bereich der Europäischen Union sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2003/49/EG über Zinsen und Lizenzgebühren (EG-Amtshilfe- Anpassungsgesetz) vom 2.12.2004
- 12) Gesetz zur Umsetzung von EU-Richtlinien in internationales Steuerrecht und zur Änderung weiterer Vorschriften (Richtlinien-Umsetzungsgesetz - EURLUmsG) vom 9.12.2004

Im Übrigen wird die Frage 2 wie folgt beantwortet:

Gebietskörperschaft	Rechnerische Steuermehr-/mindereinnahmen (-) in Mio. €									
	Kassenjahr									
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Gesetz zur Neuordnung der einkommensteuerrechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen (Alters-einkünftegesetz) vom 5.7.2004										
Bund	-473	-607	-1.160	-1.723	-2.182	-2.637				
Länder	-418	-542	-1.030	-1.523	-1.937	-2.337				
Gemeinden	-149	-191	-360	-534	-681	-821				
insgesamt	-1.040	-1.340	-2.550	-3.780	-4.800	-5.795				
Davon *)										
Land SH – nach KFA -	-7,2	-11,5	-22,6							
Gemeinden SH – nach KFA -	-13,9	-13,9	-25,5							
*) Regionalisiert für SH auf der Basis der Steuerschätzung Mai 2003 für die Jahre 2005 bis 2007. Für die Jahre 2008 bis 2010 lag noch keine für die Regionalisierung notwendige Steuerschätzung vor.										
Gesetz zur Abschaffung der Eigenheimzulage vom 22.12.2005										
Bund		95	632	947	1.262	1.578	1.889	2.204	2.504	
Länder		95	632	947	1.262	1.578	1.889	2.204	2.504	
Gemeinden		33	224	334	446	557	667	778	885	
insgesamt		223	1.488	2.228	2.970	3.713	4.445	5.186	5.893	
Davon *)										
Land SH – nach KFA -		2,5	16,5	24,7	32,9					
Gemeinden SH – nach KFA -		1,9	12,9	19,4	25,8					
*) Für die Jahre 2010 bis 2013 war eine Regionalisierung nicht möglich, da für diese Jahre noch keine Steuerschätzung vorlag.										
Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen vom 22.12.2005										
Bund		251	737	971	971	971				
Länder		221	652	861	861	861				
Gemeinden		78	231	303	303	303				
insgesamt		550	1.620	2.135	2.135	2.135				
Davon *)										
Land SH – nach KFA -		6,0	17,7	23,3	23,3					
Gemeinden SH – nach KFA -		3,9	11,5	15,1	15,1					

Gebietskörperschaft	Rechnerische Steuermehr-/mindereinnahmen (-) in Mio. €									
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Kassenjahr										
*) Für das Jahr 2010 war eine Regionalisierung nicht möglich, da für dieses Jahr noch keine Steuerschätzung vorlag.										
Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches So-fortprogramm vom 22.12.2005										
Bund		15	284	482	519	567				
Länder		15	254	427	465	502				
Gemeinden		5	92	156	171	186				
insgesamt		35	630	1.065	1.155	1.255				
Davon *)										
Land SH – nach KFA -		0,4	6,9	11,6	12,6					
Gemeinden SH – nach KFA -		0,3	4,5	7,6	8,4					
*) Für das Jahr 2010 war eine Regionalisierung nicht möglich, da für dieses Jahr noch keine Steuerschätzung vorlag.										
Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung vom 26.4.2006										
Bund		-1.232	-2.180	-2.426	-1.802	-588				
Länder		-1.149	-2.081	-2.342	-1.716	-518				
Gemeinden		-429	-1.394	-1.727	-1.167	-194				
insgesamt		-2.810	-5.655	-6.495	-4.685	-1.300				
Davon *)										
Land SH – nach KFA -		-32,3	-56,2	-63,1	-46,3					
Gemeinden SH – nach KFA -		-19,8	-60,5	-73,7	-50,5					
*) Für das Jahr 2010 war eine Regionalisierung nicht möglich, da für dieses Jahr noch keine Steuerschätzung vorlag.										
Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen vom 28.4.2006										
Bund		117	282	369	372	372				
Länder		105	253	330	332	332				
Gemeinden		33	85	111	111	111				
insgesamt		255	620	810	815	815				
Davon *)										
Land SH – nach KFA -		3,0	7,0	9,1	9,1					
Gemeinden SH – nach KFA -		1,7	4,3	5,7	5,7					
*) Für das Jahr 2010 war eine Regionalisierung nicht möglich, da für dieses Jahr noch keine Steuerschätzung vorlag.										

Gebietskörperschaft	Rechnerische Steuermehr-/mindereinnahmen (-) in Mio. €									
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Kassenjahr										
Haushaltsbegleitgesetzes 2006 (HBegLG 2006 - nur steuerliche Maßnahmen) vom 29.6.2006										
			14.559	16.936	17.328	17.652				
			6.301	7.485	7.650	7.802				
			-10	-361	-353	-364				
			20.850	24.060	24.625	25.090				
			174,4	207,7	212,1					
			34,3	28,3	29,6					
	*) Für das Jahr 2010 war eine Regionalisierung nicht möglich, da für dieses Jahr noch keine Steuerschätzung vorlag.									
Steueränderungsgesetz 2007 vom 19.7.2006										
			973	1.977	2.544	2.472				
			866	1.750	2.273	2.210				
			284	594	779	757				
			2.123	4.321	5.596	5.439				
			23,6	47,5	61,8	60,1				
			14,4	30,2	39,4	38,3				
Investitionszulagengesetz 2007 (InvZuLG 2007) vom 15.7. 2006										
				166	278	278	108			
				165	275	275	110			
				17	27	27	14			
				348	580	580	232			
*) Für dieses Gesetz liegt keine Regionalisierung vor.										

Gebietskörperschaft	Rechnerische Steuermehr-/mindereinnahmen (-) in Mio. €									
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Kassenjahr										
Erstes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft vom 25.8.2006	Bund									
	Länder			-35	-41	-41	-41	-41		
	Gemeinden			-32	-37	-37	-37	-37		
	insgesamt			-1	-2	-2	-2	-2		
	Davon *)			-68	-80	-80	-80	-80		
	Land SH – nach KFA -									
	Gemeinden SH – nach KFA -									
	*) Für dieses Gesetz liegt keine Regionalisierung vor.									
	Jahressteuergesetz 2007 vom 13.12.2006									
	Bund				-205	-236	-236	-236		
Länder				-185	-206	-206	-206			
Gemeinden				-65	-73	-73	-73			
insgesamt				-455	-515	-515	-515			
Davon *)										
Land SH – nach KFA -				-5,1	-5,7	-5,7				
Gemeinden SH – nach KFA -				-3,2	-3,6	-3,6				
*) Für das Jahr 2011 war eine Regionalisierung nicht möglich, da für dieses Jahr noch keine Steuerschätzung vorlag.										
Drittes Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes vom 21.12.2006	Bund									
	Länder		-	-	-	-	-			
	Gemeinden		132	137	137	137	137			
	insgesamt		-	-	-	-				
			132	137	137	137	137			
Für dieses Gesetz liegt keine Regionalisierung vor.										
Viertes Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes vom 24.3.2007	Bund									
	Länder			-	-	-	-			
	Gemeinden			-95	-10	.	55	30		
	insgesamt			-	-	-	-			

Gebietskörperschaft	Rechnerische Steuermehr-/mindereinnahmen (-) in Mio. €									
	Kassenjahr									
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
insgesamt			-95	-10	.	55	30			
Für dieses Gesetz liegt keine Regionalisierung vor.										
Gesetz zur Schaffung deutscher Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen (Real Estate Investment Trust-Gesetz - REIT-Gesetz) vom 28.5.2007										
Bund			38	102	115	87	37			
Länder			215	306	318	135	52			
Gemeinden			37	62	37	-22	-79			
insgesamt			290	470	470	200	10			
Davon *)										
Land SH – nach KFA -			6,0	8,5	8,8	3,5				
Gemeinden SH – nach KFA -			2,4	3,6	3,0	0,2				
*) Für das Jahr 2011 war eine Regionalisierung nicht möglich, da für dieses Jahr noch keine Steuerschätzung vorlag.										
Gesetz zur Änderung kraftfahrzeugsteuerlicher und autobahnmautrechtlicher Vorschriften vom 17.8.2007										
Bund			-	-	-	-	-			
Länder			-138	-150	-150	-150	-150			
Gemeinden			-	-	-	-	-			
insgesamt			-138	-150	-150	-150	-150			
Für dieses Gesetz liegt keine Regionalisierung vor.										
Unternehmensteuerreformgesetzes 2008										
Bund				- 2.814	- 3.191	- 3.316	- 2.738	- 2.070		
Länder				- 2.805	- 3.005	- 3.005	- 2.440	- 1.801		
Gemeinden				- 851	- 529	- 484	- 92	+ 321		
insgesamt				- 6.470	- 6.725	- 6.805	- 5.270	- 3.550		
Davon *)										
Land SH – nach KFA -				- 82,2	- 85,1	- 83,0	*)	*)		
Gemeinden SH – nach KFA -				- 37,6	- 31,5	- 32,7	*)	*)		
*) Regionalisiert für SH auf der Basis der Steuerschätzung Mai 2006; für die Jahre 2011 und 2012 lag noch keine für die Regionalisierung notwendige Steuerschätzung vor.										

Gebietskörperschaft	Rechnerische Steuermehr-/mindereinnahmen (-) in Mio. €									
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Kassenjahr										
Gesetz zur weiteren Stärkung des bürger-schaftlichen Engagements vom 10.10.2007										
	Bund			- 130	- 212	- 214	- 217			
	Länder			- 117	- 194	- 197	- 199			
	Gemeinden			-53	- 89	- 89	- 94			
	insgesamt			- 300	- 495	- 500	- 510			
	Davon *)									
	Land SH – nach KFA -			- 3,2	- 5,3	- 5,4	- 5,4			
	Gemeinden SH – nach KFA -			- 2,5	- 4,1	- 4,2	- 4,4			
	*) Regionalisiert für SH auf der Basis der Steuerschätzung Mai 2007									
	Jahressteuergesetz 2008 vom 20.12.2007									
Bund				35	15	15	15	27		
Länder				36	15	15	14	23		
Gemeinden				- 16	- 55	- 65	- 69	- 65		
insgesamt				55	- 25	- 35	- 40	- 15		
Davon *)										
Land SH – nach KFA -				1,0	0,3	0,3	0,3	*)		
Gemeinden SH – nach KFA -				- 0,3	- 2,0	- 2,1	- 1,7	*)		
*) Regionalisiert auf der Basis der Steuerschätzung Mai 2007; für das Jahr 2012 lag noch keine für die Regionalisierung notwendige Steuerschätzung vor.										
Gesetz zur Förderung der zusätzlichen Al- tersvorsorge und zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch vom 10.12.2007 (nur steuerliche Maßnahmen)										
	Bund				- 4	- 18	- 26	- 35		
	Länder				- 4	- 17	- 27	- 35		
	Gemeinden				- 2	- 10	- 17	- 20		
	insgesamt				- 10	- 45	- 70	- 90		
	Davon *)									
	Land SH – nach KFA -									
	Gemeinden SH – nach KFA -									
	*) Regionalisierung kann in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht erfolgen.									